

Das Ende der Klima-Beichten: Die Trump-Regierung bringt Vernunft in die Emissions-Datenbank der EPA

geschrieben von Chris Frey | 14. August 2025

Inschrift im Bild oben: Populäre Datenbasis der EPA befindet sich aufgrund von Kürzungen im Wissenschaftsbereich in einer prekären Lage.

Die Datenbasis hilft Unternehmen dabei ihre Treibhausgas-Emissionen zu kalkulieren. Sein Urheber hat die EPA verlassen, nachdem gegen ihn wegen Kritik an der Trump-Regierung ermittelt worden war. [Quelle](#): New York Times

Charles Rotter

Die Entscheidung der Umweltschutzbehörde, die Aktualisierung ihrer Datenbank „Supply Chain Greenhouse Gas Emission Factors“ einzustellen, markiert einen Wendepunkt weg von der ritualisierten Last der „Klimabekennnisse“ von Unternehmen hin zu einem strafferem, realitätsbezogenen Ansatz in der Unternehmensführung. Unter der Trump-Regierung reflektiert dieser Wandel eine überfällige Neugewichtung der Prioritäten – weg von der endlosen Aufzählung spekulativer Umweltsünden und hin zur Konzentration auf die Kernaufgabe der Behörde, nämlich den Schutz der Gesundheit und der Umwelt mit bewährter, relevanter Wissenschaft.

Natürlich behandelte die New York Times diese Entscheidung, als wäre es der Zusammenbruch der Zivilisation selbst. Der Ton ihrer Berichterstattung war reine Heuchelei – sie beklagten einen „großen Rückschlag für die Klimaschutzmaßnahmen von Unternehmen“ und rangen die Hände über den vermeintlichen Verlust „eines der wichtigsten verfügbaren Datensätze“ für die Schätzung der Emissionen in der Wertschöpfungskette. Die Leser konnten fast die Violinen im Hintergrund hören, als die Zeitung die Notlage der Unternehmen beklagte, denen nun die von der EPA geführte moralische Bewertung ihrer Lieferketten vorenthalten wird.

Das von Wesley Ingwersen entwickelte USEEIO-Modell war im Wesentlichen eine Art „Kohlenstoff-Beichtstuhl“ für Unternehmen. Diese konnten ihre Ausgaben für Holz, Metall, Transport oder andere Komponenten der Lieferkette eingeben und erhielten eine Schätzung – gespickt mit Annahmen – ihres Treibhausgas-„Fußabdrucks“. Für viele war diese Übung nicht freiwillig: Die Vorschriften der Europäischen Union und die bevorstehende Berichtspflicht in Kalifornien ab 2027 sorgten dafür, dass Unternehmen mitspielen mussten, um Strafen zu vermeiden. In der Praxis bedeutete dies, dass Unternehmen unter Druck gesetzt wurden, kostspielige Änderungen in ihren Betriebsabläufen vorzunehmen, nicht

wegen konkreter, messbarer Schäden, sondern weil ein statistisches Modell dies vorschrieb.

Die Popularität des Modells war unbestreitbar – es rangierte auf Data.gov auf Platz drei der meistgesehenen Datensätze. Aber Popularität ist kein Beweis für Genauigkeit oder Notwendigkeit. Wie eine Bestseller-Diät war das USEEIO-System attraktiv, weil es eine übersichtliche Möglichkeit versprach, Werte – oder deren Fehlen – zu quantifizieren. Das Problem ist, dass eine solche Klimabilanzierung mit Unsicherheiten behaftet ist. Sie geht beispielsweise davon aus, dass gesamte Lieferketten vollständig innerhalb der Vereinigten Staaten existieren, und ignoriert dabei die Realität, dass viele Waren aus Ländern mit sehr unterschiedlichen Produktionsprofilen importiert werden. Das bedeutet, dass das Ergebnis bestenfalls eine Annäherung und schlimmstenfalls eine irreführende Grundlage für kostspielige politische und geschäftliche Entscheidungen ist.

Im größeren Zusammenhang betrachtet, floss das System auch direkt in eine globale Investitionsmaschinerie ein, die sich um das Narrativ der „Klimakrise“ herum entwickelt hat. [Partnerschaften](#) wie diejenige, die 2007 zwischen Al Gores Generation Investment Management und dem Silicon-Valley-Venture-Capital-Giganten Kleiner Perkins Caufield & Byers geschlossen wurde, waren ausdrücklich darauf ausgerichtet, Kapital in Unternehmen zu lenken, die von Vorschriften, Subventionen und Marktveränderungen profitieren konnten, die durch die Klimapolitik geschaffen wurden. Zu ihren gemeinsamen Schwerpunkten gehörten erneuerbare Energien, Gebäudeeffizienz, „sauberere“ fossile Energien, nachhaltige Landwirtschaft und Kohlenstoffmärkte – allesamt Sektoren, die von den Compliance-Auflagen profitierten, zu deren Durchsetzung die USEEIO-Datenbank beitrug.

Die Times stellte den Rücktritt von Dr. Ingwersen – der nach der Unterzeichnung eines politisch brisanten Briefes [suspendiert](#) worden war, in welchem er der Regierung vorwarf, die Mission der EPA zu untergraben – als das Martyrium eines edlen Wissenschaftlers dar. Die EPA stellte jedoch klar, dass sie es nicht tolerieren werde, dass Karrierebeamte ihre Positionen dazu nutzen, „den Willen der amerikanischen Öffentlichkeit zu untergraben, zu sabotieren und zu unterminieren“, wie er an der Wahlurne zum Ausdruck gekommen ist. Wissenschaft sollte die Politik informieren und nicht als Schutzschild für politischen Aktivismus dienen, der auf Kosten der Steuerzahler betrieben wird.

Kritiker wie der ehemalige EPA-Beamte Paul Anastas warnen davor, dass die Verlagerung der Forschung in den privaten Sektor die Glaubwürdigkeit beeinträchtigen könnte. In diesem Fall hat sich jedoch ein privates Konsortium – darunter die Stanford University und Umweltanalyseunternehmen – bereits verpflichtet, den Datensatz zu pflegen und sogar zu verbessern und ihn der Öffentlichkeit weiterhin kostenlos zur Verfügung zu stellen. Diese Vereinbarung unterstreicht den Punkt: Wenn ein Projekt einen echten Wert hat, werden private Akteure es

aufrechterhalten, ohne die Steuerzahler zu zwingen, die Kosten auf unbestimmte Zeit zu tragen.

Durch die Abschaffung der ständigen Aktualisierungen einer spekulativen Emissionsdatenbank hat die Regierung eine bürokratische Hürde beseitigt, die als moralische Notwendigkeit getarnt war. Unternehmen, die diese Daten wirklich benötigen – sei es für PR-Zwecke oder um ausländische regulatorische Anforderungen zu erfüllen – können weiterhin darauf zugreifen, nun finanziert von denen, die sie für unverzichtbar halten. Für alle anderen ist es eine obligatorische Klimabekundung weniger und eine weitere Erinnerung daran, dass Bundesbehörden nicht dafür da sind, den Glauben an Modelle durchzusetzen, sondern das öffentliche Interesse mit fundierter, überprüfbarer Wissenschaft zu schützen.

Wenn überhaupt sollte dieser Schritt als Beispiel für vernünftige Regierungsführung angesehen werden – als Befreiung von dem Zwang, sich vor ungewissen Zahlen zu verbeugen, als Entkräftung der melodramatischen Darstellung der NYT, die eine Entscheidung zum Datenmanagement mit einem Angriff auf die Zivilisation verwechselt, und als Verlangsamung der nahtlosen Umwandlung von steuerfinanzierten „Klimadaten“ in private Investitionsmöglichkeiten. Der private Sektor kann sich um die moralischen Selbstdarstellungen derjenigen kümmern, die dies wünschen. Washington hat unterdessen dringlichere und konkretere Umweltprobleme zu lösen.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/08/10/ending-the-climate-confessional-trump-administration-brings-sanity-to-epas-emissions-database/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE